



öffentlich

Betreff:

Neubau einer Synagoge in Potsdam

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, DIE aNDERE, SPD	Erstellungsdatum	22.11.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.12.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für einen zeitnahen Beginn des Neubaus einer Synagoge in Potsdam aus.
Die notwendigen Voraussetzungen dafür sind aus unserer Sicht gegeben.
Es ist erfreulich, dass sich die Jüdische Gemeinde Potsdam und die Synagogengemeinde nach langer Diskussion geeinigt haben, gemeinsam die Trägerschaft für die Synagoge anzustreben. Die in der Vergangenheit fehlende Einigung zwischen den Gemeinden war ein wichtiges Hindernis für die Umsetzung der vorhandenen Baupläne.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, der Landesregierung den Willen der Stadtverordnetenversammlung zu übermitteln und beim Land für einen baldigen Baubeginn zu werben.

gez. Dr. H.-J. Scharfenberg, Peter Schüler, Matthias Finken, Julia Laabs/Christian Kube, Pete Heuer
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Bisher ist der sowohl von der Stadt als auch vom Land seit langem gewollte und vorbereitete Neubau einer Synagoge in der Landeshauptstadt daran gescheitert, dass sich die jüdischen Gemeinden in Potsdam nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Jetzt gibt es eine solche Einigung zwischen der Jüdischen Gemeinde Potsdam und der Synagogengemeinde, die sich um die Trägerschaft für die Synagoge bewerben wollen. Damit ist neben dem Grundstück, dem Bauprojekt und der notwendigen Finanzierung eine weitere wichtige Voraussetzung für einen zeitnahen Baubeginn gegeben.

Deshalb wirbt die Stadtverordnetenversammlung bei der Landesregierung für die notwendigen Entscheidungen.